

Volk. Denn abgesehen davon, daß sie, durch weitgehende Heranziehung der Selbsthilfe der Stiedler, vielen Erwerbslosen Beschäftigung und auf eigener Scholle eine neue Heimatstatt zu geben vermögen, wird sie unseren Deutschen Often wieder erschließen und durch Raumerschließung und die Verwurzelung von Menschen mit Grund und Boden das Gefühl für die Heimat — das dem Städter vielfach abhanden gekommen ist — wiederwecken. Das deutsche Bauerntum ist der Stammbaum der deutschen Nation, und gerade der Bauer war und ist, wie Käus sagt, der Träger der Kultur. Nur das Zusammenstehen und die tatsächliche Mitarbeit aller Beteiligten können die Rettung des Oltens und der obdaufernden Landwirtschaft herbeiführen und dem großen Sanierungsmerk der Osthilfe und Ostjüngung zum Siege verhelfen.

*

Herbfließungen von Düngemitteln an Sicherungsbetriebe im Osthilfegebiet.

Zwischen dem Reichskommissar für die Osthilfe, den Düngersyndikaten sowie den Organisationen des Handels und der Genossenschaften hat kürzlich eine Aussprache bezüglich der Herbfließungen von Düngemitteln an Sicherungsbetriebe stattgefunden. Dabei wurde vereinbart, daß die Sicherungsbetriebe bezüglich der Vorfierung und der Kreditreimärkung genau so zu behandeln sind wie die freien Betriebe. Nach den Erklärungen des Reichskommissars werden die von den Sicherungsbetrieben anlässlich der Herbfließung eingesammlten Verbindlichkeiten auf keinen Fall in ein schwebendes Umschuldungsverfahren bzw. in eine noch erfolgende Umschuldung einbezogen werden. Sollten wider Erwarten solche neue Forderungen notwendig werden, so ist die Schuld — genau so wie bei freien Betrieben — durch Eingriff in das bewegliche Vermögen des Betriebes beizubringen. Falls

notwendig, können von den Sicherungsbetrieben für die vorzunehmenden Herbfließungen die gleichen Sicherheiten verlangt werden, wie von den freien Betrieben. Bei Inanspruchnahme des Wechselkredits müssen mit den einzureichenden Wechseln nach wie vor Kreuzbeträge beigebracht werden, da die Geschäftshilfe der Kreuzbeträge von den eingesammlten Wechselverbindlichkeiten Kenntnis hat, die Unterlegung des Wechsels erleichtert. Es ist selbstverständlich, daß die jetzige Vorbereitung an Sicherungsbetrieben der Ausfallgarantie teilhaftig sind. Die Kreuzbeträge sind bis bisher verpflichtet, die für die Einräumung neuer Kredite erforderliche Aufklärung über den finanziellen und wirtschaftlichen Stand des betreffenden landwirtschaftlichen Betriebes zu geben.

Der Reichskommissar wird durch die vorgelegten Vorbildern den Kreuzbeträgen noch besonders klären, daß zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung des betreffenden Betriebes, die nach pflichtgemäßem Ermessen zu erfolgen hat, die Sorge um die Beschaffung einer ausreichenden Herbfällung gebührt.

Der Reichskommissar wies darauf hin, daß die schwebenden Umschuldungsverfahren mit größter Beilassung durchgeführt und zum größten Teil noch in diesem Jahre abgeschlossen werden würden.

Es betonte, daß eine Vorfierung der Sicherungsbetriebe besondere Risiken nicht in sich schließt, da die den Betrieben durch die Umschuldung zugeflossenen bzw. noch zufließenden Betriebsmittel die Umschuldung der neuen Verbindlichkeiten sowie eine gelicherte Weiterführung der Betriebe gewährleisten. In dieser Gelegenheit erklärte der Reichskommissar auf das bestimmte, daß in Umschuldungsfällen Forderungen aus diesjährigen Düngemittelfließungen keineswegs mit Entschuldungsbriefen abgedeckt werden dürfen, sondern daß vielmehr diese Forderungen in bar gepahlt werden müßten.

Reichskanzler von Papen über die Siedlungspläne.

In seiner programmatischen Rundfunkrede am 12. September hat Reichskanzler von Papen auch über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes und über die Stadt- und Landbesiedlung gesprochen. Besonders Bedeutung kommt seinen Ausführungen über die bäuerliche Siedlung zu. Herr von Papen führte aus:

Insamt drei Viertel Milliarden RM. werden in den nächsten Monaten zur Vergebung öffentlicher Aufträge zur Verfügung gestellt werden. Beträchtliche Erfolge sind schon jetzt erzielt worden. In den 135 Mill. RM. für öffentliche Arbeiten des alten Arbeitsbeschaffungsprogramms treten neue Reichsmittel für die vorzüglichste Kleinbesiedlung und für den Bau von Eigenheimen. Bemerkenswert, die bisher dem freiwilligen Arbeitsdienst noch beibehalten, sind beiseite gerückt. Die Zahl von 50 000 Arbeitsdienstfreiwilligen, die von der Reichsregierung bei ihrem Amtsantritt vorgelesen wurde, ist auf rund 200 000 gestiegen. Wir haben das durch die Ausstattung des freiwilligen Arbeitsdienstes mit einem Betriebsvermögen von 75 Mill. RM. aus öffentlichen Mitteln erreicht.

Die bäuerliche Siedlung wird von der Reichsregierung als eine der bedeutungsvollsten Aufgaben angesehen. Auch hier waren schwierigere Arbeiten zu leisten. Besonders war das Nebeneinander der Reichs- und der preußischen Verwaltung, das erst zu einem Gegeneinander wurde, ein kaum überwindbares Hindernis für die Durchführung des Siedlungsmerkes. Durch die Maßnahmen der Reichsregierung ist eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen dem Reich und Preußen jetzt gewährleistet. Ein großzügiger

Siedlungsplan kann nunmehr durchgeführt werden, zumal außer den im Etat vorgezählten 50 Mill. RM. weitere 50 Mill. RM. für die Siedlung entschuldungsunfähiger Güter angelegt sind. ... Es ist bei der Durchführung des großen Wirtschaftsprogramms eine besonders schwere Aufgabe der Reichsregierung den richtigen Ausgleich zwischen dem zentralen und dem dezentralen Wirtschaftsbereich zu schaffen, was für die Landwirtschaft wieder erträgliche Verhältnisse herbeizuführen. Dem noch immer sich fortsetzenden Zusammenbruch bäuerlicher Betriebe muß Einhalt geboten werden. Es ist die wichtigste Voraussetzung jeder nationalen Politik, die Selbständigkeit der deutschen Währungsmitteleverzeugung sicherzustellen. Das heißt also die Vertriebsquellen bei der Landwirtschaft zu sichern. Das bedeutet die Bekämpfung der Konkurrenz für landwirtschaftliche Produkte, Vermeidung der vom Weltmarkt ausgehenden Störungsmerkmale durch Kontingentierung bestimmter Einfuhrartikel und Minderung der Kosten durch Zins- und Steuerlenkung. Alle Maßnahmen der Reichsregierung zur Wiederherstellung der Wirtschaft dienen nur dem einen großen Ziel: dem Sieg über die Arbeitslosigkeit. Das ist die beste Sozialpolitik, die gemacht werden kann. Selbstverständlich bekennt sich die Reichsregierung zu der christlich-ethischen Pflicht des Staates gegenüber dem leistungsbereiten, insofern, kriegserfahrenen Arbeitsvolk. Sie findet die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit."

Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß die Regierung Papen sich erneut nordrücklich für eine großzügige Ostjüngung einsetzt.

Wann kommt die vierte Teilung Polens?

Ein Tscheche fordert sie; er bezeichnet Polen als „ein Gefängnis der Minderheiten“, den Korridor als „die Achillesferse des Friedens“.

„Eine in Prag unter dem Titel „Polen ein Gefängnis der Völker“ herausgekommene Schrift eines Tschechen hat in Verfassungskreis Erregung hervorgerufen. Der nicht genannte Verfasser der Schrift, angeblich einer der Führer der tschechischen Sozialdemokratie, beschäftigt sich eingehend mit der Behandlung der Minderheiten. „In Polen herrscht religiöse Unabgeschlossenheit, auf sozialem Gebiet ist Polen ein Staat der Reaktion, der Bourgeoisie, des Adels und des Klerus.“ Pommerellen (der Weichselkorridor) wird als die Achillesferse des Friedens bezeichnet. Die polnischen Gründe für die Befassung des Korridors bei Polen seien von selbsthättem Wert.

Die Polen ohne Volksbestimmung unerkannten Westgebieten seien zu neuen Schritten in einer politischen Beschleunigung bewacht. Zur freizügigen Strömung hätten über die Zugehörigkeit dieses Gebietes zu Polen entschieden. Es herrschen dort grenzenloser Chauvinismus, Polonisierung, Verdrückung der Deutschen. Der Korridor veranlasse große Verkehrserschwererungen.

Siehe hielten die weißen Staaten den Korridor für einen billigeren Vertrieb. D anzig sei mit Gewalt dem Organismus Polens eingegriffen worden, und die Folge davon ist der Verfall des schönsten Ostseebades. Die Entschädigung über Oberbeslimen ist eine grobe Verletzung des Grundgesetzes von der Selbstbestimmung der Völker. Polen

respektiert die Verpflichtung über den Schutz der nationalen Minderheiten nicht.

Der Verfasser prophezeit ein tragisches Ende, indem er zu vierten und endgültigen Teilung Polens auffordert. Diese Darlegungen können wir Wort für Wort unterzeichnen. Es ist sehr erfreulich, daß ein slawischer Verfasser diese Feststellungen macht und dadurch den Beweis liefert, daß die Erkenntnis von dem wahren Wesen des Polentums, von der Unhaltbarkeit der jetzigen Grenz Polens und insbesondere von der Unmöglichkeit des Korridors sich auch in der slawischen Welt immer mehr verbreitet. — Es gilt, Aufklärung über diese Fragen in immer mehrer Kreise zu tragen und den Kampf gegen die Unverständlichkeit des Polentums und seine kulturverdrängende Unterdrückung anderer Völker mit größter Energie fortzusetzen.

*

Minister Strasburger pensioniert.

Der frühere diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Minister Strasburger, ist in den Ruhestand versetzt worden. St. hat bei vielen Verhandlungen Polens nicht nur mit Danzig, sondern auch mit der Reichsregierung eine wichtige Rolle gespielt. Nun scheint seine Karriere aus zu sein, obgleich es erst kürzlich nochieß, der sehr gelehrte Unterhändler Jolie Westphaler in Moskau werden.

Frankreichs Ablehnung der deutschen Gleichberechtigung.

Polnische Quertreiberei. — Ein neues Officerno?! — Deutschland geht nicht zur Abrüstungskonferenz.

Die Antwort der französischen Regierung auf das deutsche Verlangen nach Gleichberechtigung, das dem französischen Vorkämpfer in Berlin am 29. August mitgeteilt wurde, ist am 1. September der deutschen Regierung überreicht worden. Frankreich lehnt eine deutsche „Aufstellung“ ab und verweigert die Entscheidung über den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung an dem Völkerbund, bei dem allein die Entscheidung liege. Artikel 8 der Völkerbundkonvention ergebe, daß man nicht nach Aufstellung einzelner Staaten dürfe, sondern nach einer kontrollierten allgemeinen Abrüstung. Weder im Teil V des Vertrages von Versailles noch in der Völkerbundkonvention finde sich irgendeine Vorschrift, monach eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen die Möglichkeit der im Vertrage enthaltenen Bestimmungen da und zu dem Charakter um Folge hätte.

... Eine Aufstellung des gegen mittel- und osteuropäischen Probleme wäre die unmittelbare Folge, und auf dieser letzten Grundlage würde das Vertrauen von neuem beginnen. An der Frage, die Frankreich vorgelegt worden ist, sei also ganz Europa unmittelbar interessiert, und Frankreich könne sich nicht darauf einlassen, auf ein Problem von solchem Umfang für sich allein Antwort zu erteilen.

Deutschland wollte bekanntlich durch seine Note nichts anderes erreichen, als zunächst auf diplomatischem Wege mit Frankreich über die Gleichberechtigung in der Wehrfrage in Verbindung zu kommen. Das will Herrriot nicht. Er hat sofort die andere Großmacht einbezogen.

„Schärfte“ wurde Frankreich in seiner Ablehnung namentlich durch Polen, dessen Gesandtschaftsträger in Paris wiederholt lange mit Herrriot über die Angelegenheit konferierte. Ungleich hatte der französische Vorkämpfer in Warschau eine lange Unterredung mit dem polnischen Außenminister Jozefski.

Frankreich zeigt endlich unerhört, daß es gar nicht daran denkt, abzurufen und damit seine politische Vorbereitung in Europa zu gefährden. Nach außen hin verlangt es Sicherheit für seine Grenzen und Untertanen. Diese Sicherheit will es auf einem nicht mehr völlig annehmlichen Deutschland gegenüber in jedem Falle wiederherstellen. Was Frankreich in Wirklichkeit will, ist die „Sicherheit“ zusammen mit seinen Bundesgenossen durch militärisches Übergewicht das trotz seiner Entlohnung so sehr gefürchtete Deutschland dauernd niederhalten zu können. Dadurch, sowie der hohe Fortschritt des Goldes — in den Kellern der französischen Staatskassen liegen nahezu 80 Milliarden Gold (d), der Weltmarkt für Gold entzogen sind — und durch die herbeizubringende Unterstützung die Frankreich und seine Bundesgenossen alljährlich für militärische, d. h. in der Hauptsache unproduktive Zwecke machen und durch die sie die andern Länder ebenfalls zu enormen Rüstungsausgaben zwingen, ist letzten Endes die Weltwirtschaftskrisis herbeigeführt worden. Daraus muß immer wieder hingewiesen werden.

Vor allem aber muß deutsherrlich betont werden, daß Frankreich und die übrigen Feindbandmächtige den Versaillesvertrag seit der Entlohnung Deutschlands ständig betrachten. Denn dieser steht ausdrücklich vor, daß der Abrüstung Deutschlands die Abrüstung der übrigen Mächte folgen sollte. Frankreichs Feinde mag man so zu gekünstelten Ausflüchten vorbringen, an der Tatsache dieses Vertragsbruches wird dadurch nichts geändert. Wir begreifen es, daß die vorige und die jetzige Regierung auf diese Tatsache immer wieder mit aller Entschiedenheit hingewiesen haben, und begreifen es noch mehr, daß die Regierung Papan es ablehnt, zu der auf dem 23. September anberaumten Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz einen Vertreter zu entsenden, weil sie nach der

jetigen französischen Stellungnahme diese Verhandlung mit Recht als zwecklos ansieht. England ist diese Forderung der Dinge, diese Klarstellung der wahren Absichten Frankreichs, Polens und der übrigen Grobmächte Frankreichs außerordentlich unangenehm. Die englische Regierung sucht daher — sehr zum Ärger der Franzosen — zu vermitteln und ein Kompromiß vorschlagen zu bringen. Die Regierung Papan-Schleicher wird aber hoffentlich fest bleiben und nicht rufen, bis sie die Gleichberechtigung Deutschlands in der Rüstungsfrage durchgesetzt hat. Gedt sie klug, aber mit Mäßigkeit, nachdrücklich, aber ohne Ungeschicklichkeiten vor, so wird sie dadurch außer England auch Amerika und Italien, außerdem aber auch die im Prinzip neutral gebliebenen Staaten auf ihrer Seite haben und die ganze Welt von unfern Rufen und von dem Untertun und der Gewaltpolitik Frankreich überzeugen.

Mussolini hat in der letzten Sonntag-Zimmer des „Berliner Börsen-Couriers“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er klipp und klar darlegt, daß Deutschland völlig im Recht ist, wenn es Gleichberechtigung in der Wehrfrage verlangt, und daß es zu begrüßen sei, daß Deutschland diese Gleichberechtigung namentlich durch seine „Aufstellung“, als durch Abrüstung der andern Mächte zu erlangen wünscht.

Herriot schreibt in seiner Note, „man werde weiter eine allgemeine Organisation des Friedens zu verwirklichen suchen“, ohne daß er angibt, was damit gemeint ist. Etwas ein neues Officerno? Möglich wäre es schon, daß Frankreich auf Drängen Polens auch neue Verträge mit, von Deutschland einen Verzicht auf jede Änderung der Offgrenzen zu erreichen unter der Bedingung, daß sonst der Frieden Europas gefährdet sei. Schon von Stresemann ist Frankreich in St. Offert mitgeteilt worden, daß Deutschland sich mit der ihm aufgezwungenen unmöglichen Offgrenze niemals abfinden, vielmehr alles tun werde, was auf friedlichem Wege möglich ist, um die Beseitigung des Korridors und die Zurückgewinnung der andern entzogenen Offgebiete zu erreichen. Von der heutigen deutschen Regierung würde Frankreich auf eine solche „Lösung“ erst recht nicht absteigen lassen. Auch keine künftige deutsche Regierung, sie mag willensgerne sein wie sie will, wird sich jemals zu einem Officerno verstehen.

Es ist ein richtiges Unglück, daß gerade jetzt, mo wegen des Abrüstungsstreites die Geschlossenheit des deutschen Volkes doppelt wünschenswert und notwendig wäre, ein Verfassungs-konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag ausgebrochen ist. Der Reichstag hat bei den gewöhnlichen Reichstag in seiner letzten Sitzung wieder angefangen, und der neue Reichspräsident Göring an den Reichskanzler von Papan um Verleser der Auflassungsorder verhandelt, hinterher aber zugegeben, daß die Auflassung des Reichstages verfassungsgemäß erfolgt ist. Leider wird Deutschland daher in den nächsten Wochen fast großer Geschlossenheit dem Ausland gegenüber das Bild eines milden Wahlkampfes bieten, wie er in gleicher Fehlsicht nicht doch gemessen ist. Das Sündenmaß der Parteien wird immer voller, und es kann daher nicht wunder nehmen, wenn immer mehr deutsche Staatsbürger sich von den Parteien loslösen und sich Betrugsgenossen anschließen, die das Spiel des Staates in einer Ueberwindung des Parteiismus und in der Schaffung neuer Grundlagen für einen Volksstaat durch überparteiliche Bewegungen erstreben. Wir haben das Vertrauen zum Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er auch in diesen stürmischen Zeiten das Staatsgeschäft mit fester Hand an allen Rippen vorbeisteuern und dem Ausland gegenüber trotz des kläglichen Schaupiels, das unser Parlament bietet, den Respekt vor dem deutschen Namen und der deutschen Kraft erhalten wird. □

Deutsch-polnische Verständigung?

Polnische Vermutungen. — Handelsvertrag. — Korridor. — Abrüstung.

Die Berliner Korrespondenten der polnischen Presse melden übereinstimmend, daß ihnen am 2. September — anscheinend ansüßlich des üblichen Freitagsempfangs für die ausländischen Zeitungsvertreter — von maßgebenden deutschen Regierungspolitikern überaus eingehend mündliche Erklärungen über die Möglichkeiten eines deutsch-polnischen Ausganges gemacht worden seien. Demnach soll die Reichsregierung die Absicht haben, den Anfang 1930 paraphierten deutsch-polnischen Handelsvertrag, der inzwischen von Berlin aus mehrfach als durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt bezeichnet wurde, doch noch dem Reichstag zur Annahme vorzulegen. Sollte sich eine Mehrheit dafür nicht finden — und dieser Fall ist ja zum mindesten wahrscheinlich, wenn nicht sicher — so wäre damit nach Auffassung der Reichsregierung der Anfang eines neuen Verhandlungsganges gegeben. Die Korrespondenten der „Gazeta Warszawska“ und des „Kurier Warszawski“, beide durchaus nicht deutschfreundlich, aber sachlich eingestellte Publizisten, haben von dem maßgebenden Vertreter der Reichsregierung die Erklärung erhalten, daß man die Korridorfrage zuerst deutsherrlich durchaus nicht für aktuell halte. Der Berliner Vertreter des „Kraaker Illustrierten Kuriers“ will darüber hinaus sogar gehört haben, daß über die Ab-

rüstungsfragen eine Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Generallab angestrebt werden könne, und zwar unter Hinweisung auch des polnischen Generallab's zu direkten Verhandlungen.

Der „Frankf. Zig.“ wird dazu von ihrem Warschauer Vertreter gemeldet:

„Man kann sich vorstellen, daß solche friedlich-freundschaftliche Ankündigungen hier einigermaßen befremdend wirken. Die Aufnahme ist kühl und misstrauisch. Deutschland, so sagt der Korrespondent der rechtsstehenden „Gazeta Warszawska“ seine Information hinzu, will in diesem Augenblick, da es seine Abrüstung ankündigt, gleichzeitig seinen Friedenswillen dokumentieren.“ □

Verhandlungen über einbittlichen Export der Offkaffee.

Das letzte Ministerratskabinett hat den Außenminister beauftragt, Verhandlungen mit Estland und Litauen über die Vereinfachung der Ausfuhr der baltischen Staaten einzuleiten. Es wird bereits am 19. September eine Zusammenkunft der Außenminister Estlands und Lettlands in Reval stattfinden, auf der unter anderem über diese Frage zu sprechen wird. □

Fort mit dem unmöglichen Korridor!

Dr. Curtius in Amerika.

Der frühere deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius ist am 13. September in Newyork eingetroffen, um in den Vereinigten Staaten Vorträge über die politische Entwicklung Deutschlands zu halten, insbesondere auch über das Verlangen Deutschlands auf Gleichberechtigung in der Weltfriedensfrage.

Der Pariser „Comps“ ist über Dr. Curtius' Amerika-Cournee äußerst erregt und spricht von einem neuen deutschen Vorstoß gegen den Frieden von Versailles. Dr. Curtius habe die Aufgabe, in jeder der Sitzungen der U. S. A. für den deutschen Standpunkt zum Korridor-Problem zu sprechen. Das Programm dieser Propagandareise sei bereits vor einem Jahr bei dem amerikanischen Präsidenten des ehemaligen Staatssekretärs von Kriemhildmann festgelegt worden.

Nachdem jüngst der frühere polnische Staatspräsident Paderewski seine Eufenbergfeldzug gegen Deutschland in Amerika unternommen hat, indem er eine Konkrete Reise benutzte, um im Anschluß an seine polnischen Vorträge Ansprüche über Polen zu halten, wobei er das Korridorproblem als ganz und gar polnisch bezeichnete und den Bundesrat Polens an der früheren Forderung, es sei ein unangelegener Gegenstand, wenn der frühere deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius die amerikanische Öffentlichkeit durch Vorträge über die durch das Versailles' Diktat geschaffenen untragbaren Zustände in Deutschland und vor allem auch über die Unhaltbarkeit des Weichselkorridors und die katastrophalen Folgen der sonstigen unmöglichen Obergrenzen aufklärt.

Eine polnische Broschüre über Pommern.

Im Verlage des Weltlichen Instituts in Thorn, das jedoch keine Einzelschreiber bezieht, erschien eine neue Broschüre über den Korridor „Scheritzi über Pommern“. Die Broschüre kostet 50 Groschen (25 Pf.) und enthält „zehn Wahrheiten, die jeder Pole wissen muß“. Sie gliedert sich in zehn Abschnitte: Geographische Lage, Rechtsansprüche, Vergangenheit, Rationalitäten, Die Kolonien, Die wirtschaftliche Bedeutung Pommerns, Der Durchgangsverkehr, Obergrenzen — eine deutsche Kolonie, Pommern ist kein Korridor, Die unzulässige Zusammengehörigkeit Pommerns und Polens — eine Garantie des Weltfriedens.

Wichtig ist das Polentum in seiner Korridor-Propaganda, das muß man ihm lassen. Aber freilich, die Tatsache, daß es der Welt immer wieder zu beweisen sucht, der Weichselkorridor ist polnisch und müsse Polen unbedingt verbleiben, ist doch ein sehr starker Beweis dafür, daß das Polentum selbst das Empfinden hat, im Ausland läßt man die Dinge anders an, und das Ausland müsse daher erst zu der pol-

nischen Auffassung bekehrt werden. Es ist unbestreitbar, daß weite Kreise des Auslandes auf den polnischen Eigenwilligkeits hinfort die Korridorsfrage fallen lassen. Ganzem dümmert aber doch überall die Erkenntnis auf, daß man sich auf die polnischen Behauptungen nicht verlassen kann, daß Deutschlands Recht auf die Befreiung des Korridors, der das Deutsche Reich zerschneidet, unbestreitbar ist und daß es sich hier um eine Frage handelt, die wenn sie nicht bald gütlich gelöst wird, zu einer Bedrohung des europäischen Friedens und damit des Weltfriedens sich ausbreitet.

Eine französische Stimme für die Zurückgabe der Obergrenze.

Die Pariser „Volante“ setzt sich mit dem deutsch-französischen Problem auseinander und erklärt: Es gibt nicht eine einzige Partei in Deutschland, die bei der man nicht den Wunsch nach Verhängung mit Frankreich findet. Deutschland ist keineswegs gegen Frankreich eingestellt und würde sogar mit Frankreich gehen, wenn dieses nicht als Hüter eines territorialen und militärischen Status quo erscheine, den die förmliche Deutsche nicht mehr zu ertragen gewillt seien. Die französischen nationalen Kreise sind der Ansicht, daß Deutschland sich mit seinen Nachbarn nicht verständigen, sondern die Obergränze Polens an der Hand der Welt aufstellen, daß Deutschland einzig und allein die deutschen Obergrenze zurückverlangen und sich militärisch und politisch mit Frankreich gleichberechtigt stellen will. Wenn dies erzielt ist, wird Deutschland ruhig bleiben und sich darauf beschränken, seine Rolle in der Welt auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet zu spielen. Deutschland bekämpft nicht Frankreich, sondern den Status quo, es wäre auch bereit, mit uns zusammenzuarbeiten, wenn dieser Status quo abgeändert werden könnte. „Volante“ hält es für möglich, durch eine Ausrede und die Lösung des deutsch-polnischen Problems, sowie der des Problems der militärischen Gleichheit auf der Grundlage einer Rüstungsbeschränkung, die durch internationale Kontrolle garantiert würde, eine Lösung herbeizuführen. Nur bei hierzu guter Wille notwendig. Das Blatt betont dabei mit bemerkenswerter Offenheit, daß Frankreich Deutschland niemals freiwillig entgegenkommen sei und mit dieser Haltung zur Erregung der Wut in Deutschland beigetragen habe.

Wenn lokale Stimmen in Frankreich vorzeitig auch noch vereinzelt sind, so beweisen sie doch, daß auch in ansehnlichen Kreisen Frankreichs die Erkenntnis sich immer mehr Bahn bricht, daß Frieden und Ruhe nur dann in Europa eintreten werden, wenn zuerst die militärischen Obergrenzen, die uns durch das Diktat von Versailles aufzungen wurden, beseitigt ist. Es kann nicht ausbleiben, daß eine Stimme wie die obige in Frankreich und im weiteren Ausland von vielen beachtet wird und so dazu beiträgt, daß schließlich doch die Vernunft siegen wird.

Der Alldeutsche Verband zu den Ostfragen.

Am 11. September wurde der Verbandstag des Alldeutschen Verbandes in Aachen abgehalten. Den ersten Vortrag hielt Schriftleiter Wehring (Berlin) über das Thema: „Die deutsche Ostpolitik am Scheidewege.“ Er betonte, daß die polnische Kurzsichtigkeit in der deutschen Politik in erster Linie die entscheidende Wendung in der deutschen Ostpolitik herbeiführen müsse. Der erste Schritt müsse die Wiederherstellung der militärischen Sicherheit Deutschlands im Osten sein. Die deutsche Außenpolitik könne sich mit guten Gründen darauf stützen, daß die Sicherheit Deutschlands und ganz Europas durch Polen bedroht ist. Der Schutz der deutschen

Ostgrenzen auf der Grundlage der Wehrfreiheit müsse Hand in Hand gehen mit der Aufstellung der durch die polnischen Vertragsbrüche unhaltbar gewordenen Danziger Frage. Das letzte Ziel heiße die Gesamtrevision der unhaltbaren und schmachvollen Obergrenzen, die Befreiung der deutschen Menschen, die von einem kulturell tief unter ihnen lebenden Volke unterdrückt würden, und des deutschen Lebensraumes von der Fremdberrschaft. — Der Hartweg-„Wien sprach dann über „Deutsches Ringen in Ost-Österreich, Subetienland und in Süd- und Ost-europa“.

Ist Polen eine Großmacht?

Unter dieser Überschrift erhält die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, Berlin (11. September), eine Zufahrt aus Beuthen-O.S., in der auf eine Besondere des „Kurier Porzann“ über unliebsame würdige Äußerungen französischer Blätter hinsichtlich der polnischen Nation und polnischer Menschen Bezug genommen und weiter ausgeführt wird:

„Detarierte obfällige Äußerungen über Polen in der französischen Presse und Besondere darüber in der polnischen Presse sind recht häufig. Wenn j. D. in Frankreich irgend ein Verbrecher aus den Offizieren festgenommen wird, ist das nach der französischen förmliche Nennung einer „bandit polonais“, auch wenn es sich um einen Erben oder Rumänen, Kasen oder Offizier handelt. Wo würde dagegen eine deutsche Zeitung den Ausdruck „polnischer Bandit“ gebrauchen, obgleich es eine unbestrittene Tatsache ist, daß immer wieder in Deutschoberschlesien Markt- und Warenhäuser festgenommen werden, die über die polnische Grenze gekommen sind, und daß das Verbrechensereignis unter den polnischen Saljamburgen an der gegenwärtig stark gemessen ist und u. a. schwere Raubüberfälle und Morde verübt hat, die noch in vieler Erinnerung sind.“

Ein anderes ist es aber doch mit der Frage, ob Polen eine „große Nation“ sei. Polen selbst erhebt den Anspruch auf die

Stellung einer Großmacht. Eine Reihe Staaten sind diesem Anspruch entgegengetreten. Zuerst haben Frankreich und die Balkan die polnischen Gesandtschaften zu Wohlwollen erhoben, und es gibt auch eine ganze Reihe Wohlwollen in Warschau. Deutschland ist diesem Vorgehen bisher nicht gefolgt. Dafür hat der Bundesrat Gesandtschaften in Zugur, (ein aus russisch verbliebenem Gebiet stammender Offizier des rüstigen Namens Wodzimierz Poljakoff) in einer weit verbreiteten polnischen Zeitung in bezug auf das Deutsche Reich die Frage unterzogen zu stellen gelobt, wann ein Staat Großmacht werde, und wann er aufhöre, eine Großmacht zu sein! Die Schmäherei des August-Poljakoff ist in der deutschen Presse sehr mit Recht unbedeutend geblieben. Es hätte ihr ja doch nur mit der Antwort gegeben werden können: Großmächte sind die Staaten, denn Frankreich ein großes Heer zu unterhalten gestattet; Großmächte sind die Staaten nicht, die Polen das (es ist) das ist jetzt gegenüber Deutschland unternehmen möchte und dafür schließlich den Weltbund Frankreichs erbittet) unterlegt! Es ist richtig, daß Polen 32 und Frankreich 39 Millionen Einwohner zählt. Aber kann nicht trotzdem ein „großer Unterjochter“ in bezug auf die Größe der beiden Nationen bestehen? Nun, von den 32 Millionen Menschen in Polen gehören reichlich 40 v. H. dem nichtpolnischen Volkstum an. Es verbleiben also nur ungefähr 19 Millionen Polen in

der polnischen Republik, während der nichtfranzösiche Volksstil in Frankreich doch immerhin verhältnismäßig gering ist. Sogar kommt die starke Willkürkraft Frankreichs gegenüber der Einmünderung, unter der polnische Polen die erste Stelle einnehmen, während die polnische Republik die Ukraine, Weißrussien usw. niemals „verdwart“ nicht und gegenüber dem Deutschen vom Beginn seiner neuen Staatlichkeit keine andere Politik, als die der Verdrängung gekannt hat. Die Zukunft ganzer polnischer Weimodschichten hängt mit überwiegend nichtpolnischer Bevölkerung völlig in der Luft und nicht zuletzt selbst feijustellen, daß sich Ukraine, Weißrussien usw. ungleich stärker verarmen, als die kernpolnische Bevölkerung der Weichsel-Republik. — Wie hätte der polnische Sieger des Europakrieges in Deutschland und von Deutschen anders aufgenommen werden sollen, als er aufgenommen worden ist, wenn es auch nicht zutrifft, daß er deutscher Militärgefangeener gewesen sei? Wir vermögen die polnische Heroisierung einer doch selbstherrlichenden Tatsache keinesfalls als ein Lob hinzunehmen. Es wird nämlich trotz des französischen Salles Zwirko, trotz des ständigen „handlich polonais“ der französischen Presse in der polnischen Blättern immer wieder die Rede von uns Preußen als den „kreuzritterlichen Weihen“ sein und Deutsche in Polen werden auch weiter anders behandelt werden, als die Polen in Deutsch-

land insgesamt und nicht nur der polnische Fliegergall Zwirko. Wir feinen, daß sich gerade hierin die Großmachstellung Deutschlands mit offenbart, während die doch grundrhythisch andere Einstellung Polens zu den deutschen Dingen wahrhaftig nicht dafür spricht, daß es seiner behaupteten oder wirklichen Großmachstellung feher sei.“

Man wird diesen Ausführungen nur beifollichten können. Ein einzelnen bemerken mit dazu folgendes: Die Zahl der Verbtrieben in Deutschland, bei denen die Güter Polen lind, ist in der Tat so groß, daß wir im „Ostland“ uns veranlaßt gefehen haben, dafür das Stichwort „die Polen-Plage“ zu prägen. — Was Zwirko anbelangt, so ist er im Weltkrieg nie deutscher, sondern österreichischer Militärgefangeener gewesen. Er stammte aus Gallizien. Nach seiner Deklamierung als Sieger im Europakrieg ist er auf dem Campelhofher Seite zum Spiel der polnischen Reaktion im Rahmen eines feiens eines bestfischen Orchesters hergeführt worden. Gemäß, das entspricht den nationalen ipolitischen Gespinntheiten — aber es ist doch die Frage gefaltet: Wann wird einmal bei einer glücken Gelegenheit in Polen von einer polnischen Kapelle „Deutschland, Deutschland über alles“ gefpielt werden?! Im übrigen haben wir uns über den polnischen Größenmahn und Großmachtkheit im „Ostland“ ebenfalls ausgefprochen wie über den polnischen Pönbundunge, so daß es sich erübrigt, unfererseits zu der obigen trefflichen Zufchrift weitere Bemerkungen zu machen.

Bleibt Polen im Völkerbundsrat?

Die Frage, ob Polen in der September-Tagung des Völkerbundes seinen gegenwärtigen halbfranzösischen Ratssitz wieder erhalten wird, ist für die Warschauer politischen Kreise das aktuellste diplomatische Problem. Die polnische Regierung hat sich als neues Mitglied des Bundes gleichfalls einen solchen Sitz zu erhalten, wird lebhaft erörtert und gegen die eigenen Chancen abgemessen. Der in der Warschauer Presse vereinzelt aufgetretene Vorschlag, Polen folle wegen der verminderten Bedeutung der Genfer Einrichtungen — und man darf hinzufügen: wohl auch wegen der Unfeherbeit seiner

Aussichten auf Wiederaufl — überhaupt nicht mehr kandidieren, findet von orthodoxen Seiten der Widerpruch. Man verweilt auf das bessere Interesse gerade der polnischen Regierung an einer Reihe von Vortragsgegenständen, deren Erzielung im Völkerbund nicht nur unbelittelten maßgebend bleibt: Fragen Denzigs, Oberschleslens, des nationalen Minderheitenwesens usw., und man erinnert daran, wie peinlich die Stellung der polnischen Diplomatie als bloßer Klientin von Genf war, solange Polen noch keine Vertretung im Rat besaß.

Polnische Agrarreform als Entdeuschungsmittel.

Genfer Beratungen über die deutsche Beschwerde.

Der Untersuchungsausschuss, den der Völkerbundsrat auf seiner Sitzung im Frühjahr der deutschen Beschwerde über die minderheitenbildende Hamdenburg-Agrarreform in dem ehemaligen preussischen Provinzen Polens eingesetzt hat, wird Mitte September in Genf zusammentreten, um seinen Bericht an den Rat für dessen am 23. September beginnende Tagung auszubereiten. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus dem japanischen Berichterstatter und einem einzigen sowie einem italienischen Mitgliede.

Mit der Agrarbeschwerde ist der Rat bekanntlich auf Verlangen der deutschen Regierung befragt worden, und zwar auf Grund des Art. 12 des Minderheitenvertrages, der jeder Ratmitglied die Befugnis einräumt, minderheitenrechtliche Streitfälle unmittelbar vor den Rat zu bringen. Den Untersuchungsausschuss liegen neben de moon den deutschen Minderheitenvertretern in Polen eingeschickten Material viele Schreiben der Reichsregierung vor, in denen sie dem Rat ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit dargelegt hat. Der

Ausschuss wird den polnischen Hauptzeitsam zu prüfen haben, w o n a c h d e n v o r b e r e i t e t e n m ä ß i g f a r k e G e r a n g e n d u n g d e s d e u t s c h e n A n t r a g e s u n d e r B e f r a g u n g s z u m a n g s p a r t i z i l l i e r u n g d a r a u f z u e r k l ä r e n w ä r e, d a ß d i e p o l n i s c h e n S t a u s h e l t e r i m G e g e n s a t z z u d e n d e u t s c h e n i h r e V e r ä n d e r u n g b e r e i t e d u r c h f r e i w i l l i g e n E n t s c h l u ß i n g r o ß e m U m f a n g e f ü r d i e Z w e c k e d e r A g r a r r e f o r m z u V e r f a g u n g g e l e i t e t h ä t t e n .

Die Bereitschaft für diese Behauptung trägt die polnische Regierung. Ihre Unmünderfröhmlichkeit geht schon daraus hervor, daß das polnische Ministerium für Landreform aus finanziellen Gründen nicht einmünder, die von ihm 1916 als Grundlage in Anfrucht genommenen Landbesitz in vollem Ausmaße zu partizillieren vermochte. Doch darüber hinaus noch freiwillige Verzeilierung in einigermaßen bedeutendem Umfang von Staats finanziert werden konnten, feheint daher so gut wie ausgeschlossen zu sein. Jedenfalls weiß außerhalb der polnischen Regierung niemand etwas davon.

Danzig muß sich erneut über Polen beschweren.

Die Regierung der Freien Stadt Danzig hat eine Note an den diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig gerichtet, in der festgelegt wird, daß die von den Völkerbundsinstanzen als unzulässig erklärte Sperrmaßnahmen gegen Waren des Danziger passiven Veredelungsverkehrs allen Ent-

scheidungen zum Trotz unvermindert in aller Schärfe weiter aufrecht erhalten werden, und zwar auf Veranlassung und unter Mitwirkung höherer und höchster Dienststellen der polnischen Zollverwaltung. Was wie vor würden die Töden und Beschäfte in Polen nach Danziger Waren durchsucht und mit Zollfreien belegt.

Auch in Danzig Regierungskrisis.

In Danzig haben die Nationalsozialisten plösig der bürgerlich-nationalen Regierung Ziehm die Gefolgschaft verlagert und Remwahlen des Volkstages verlangt. Wenn es tatsächlich zu diesen Remwahlen kommen sollte, dann würde Danzig in einem außenpolitisch sehr unglücklichen Augenblick den Untertun des Volkstages ausgesetzt. Ohne die parlamentarische Unterstützung der Nationalsozialisten kann die Regierung Ziehm nicht weiter bestehen. Die Nationalsozialisten haben zwar selbst keinen Vertreter im Senat, trotzdem hatten sie großen Einfluß auf alle Handlungen der Regierung. Sie haben als die Wahl vom 1. November 1930 dem Einseinsatz ein Ende machte, die Bildung eines bürgerlich-nationalen Senats unterstützt und bei allen Abwimmungen im Volkstages stets ihre Unterstützungsbereitschaft gegenüber dem Senat bekundet. Alle Maßnahmen, welche der Senat fort, wurden im engsten Einvernehmen mit der nationalsozialistischen Fraktion beraten und beschließen. Der Grund für die plösig Abgabe an die bisherigen Regierungsin ist darin, daß die Nationalsozialisten mit den Sperrmaßnahmen der Regierung die in vielen Einzelheiten den Rotverordnungen des Reiches ähnlich sind, nicht mehr mitgeben zu

können glauben. Sie feilten der Regierung am 1. September ein Ultimatum, das bis zum 3. September, 12 Uhr mittags, befristet war. Darin verlangten sie in 16 einzelnen Punkten Maßnahmen finanzieller und politischer Art, teilweise auch Abänderung der Sperrverordnungen. Als der Senat es für unmöglich erklärte, in der gefeierten Frist zu den Forderungen abschließende Stellung zu nehmen, feilte aber zu Verhandlungen geneigt zeigte, verhandelte der Danziger Gauführer der NSDAP, der Reichstagsabgeordnete S o r e f e r, die Nationalsozialisten werden der Regierung jetzt die Unterstützung verlagern und einen Antrag auf Auflösung des Volkstages einbringen. Der Regierung ist damit die parlamentarische Grundlage entzogen. Ob der Auflösungsantrag aber Erfolg haben wird, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Nach der im Jahre 1930 geänderten Danziger Verfassung bedarf ein Antrag auf Auflösung des Parlamentes der Unterschrift von 15 Abgeordneten. Da die nationalsozialistische Fraktion nur über 12 Mandate verfügt, ist sie gefunnen, die feilenden Unterschriften von Abgeordneten anderer Parteien zu beschaffen. Den der bürgerlichen Abgeordneten wird anfehend keiner dem Auflösungsantrag zustimmen. So können die feilenden

drei Unterschriften nur von Abgeordneten der kommunistischen oder sozialdemokratischen Partei gestiftet werden. Sie für die dann folgende Abstimmung erforderliche absolute Mehrheit von 37 Abgeordneten würde sich gleichfalls nur aus dem Zusammengehen von Rationalisten, Kommunisten und Sozialdemokraten ergeben. Wie die Dinge sich aber auch entwickeln mögen, die Hauptfrage ist, daß der Danziger Smil ein rein innerparteiliches Charakter behält, und daß die Regierung bei dem gerade jetzt in Genuß befindlichen außerpolitischen Kampf um die Danziger Lebensrechte, um den Danziger Hafen und um die Zoll- und Wirtschaftsfragen von allen Parteien voll unterstützt und nicht durch Uneinigkeit im Innern behindert wird.

Die deutsche/nationale Fraktion des Volkstages hat sich in ihrer Sitzung vom 5. September mit der durch das Verhalten der Rationalisten hervorgerufenen politischen Lage beschäftigt. Die Fraktion

sprach einstimmig dem Präsidenten des Senats, Dr. Ziehm, sowie dem übrigen deutschen Mitgliedern des Senats ihr volles Vertrauen aus und wies die von nationalsozialistischen Führern gegen sie ausgesprochenen Verunglimpfungen zurück. Weiter heißt es in der gefaßten Entschliessung: „Die deutsche/nationale Fraktion erkennt an, daß der jetzige Senat alles getan hat, um der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf außerpolitischen, finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet Herr zu werden und Ruhe und Ordnung im Staat aufrechtzuerhalten.“

Der dem Erweiterten Schöffengericht Dönitz hatte sich der stellvertretende Staatsanwalt des RS-Präsid. Volkstagsabgeordneter Arthur Greiser, wegen Verleumdung eines Richters, nämlich der Regierungsrats Dr. Trum, zu verantworten. Der Angeklagte wurde wegen öffentlicher Verleumdung an Stelle eines Monats Gefängnis zu 500 Gulden Geldstrafe verurteilt.

Das deutsche Schulwesen in Polen.

Das deutsche Schulwesen in der Stadt Posen.

Außer der staatlichen deutschen Volksschulen haben die Deutschen in der Stadt Posen keine staatliche Lehranstalt. Die beiden höheren Lehranstalten, das Gymnasium und das „Belom-Knothische Realhumanistisches Mädchengymnasium“ sind privat und können nur mit den größten Opfern erhalten werden. Dem neuesten Jahresbericht des „Deutschen Priortogymnasiums in Posen“ entnehmen wir, daß die Anstalt im letzten Schuljahr (Stichtag 1. Dezember 1931) von 346 Schülern besucht wurde, während im Schuljahr 1930/31 je 401 Schüler zählte. Von den 346 Schülern des vorliegenden Schuljahres waren 341 deutscher Nationalität und fünf anderer Nationalität. Dem Bekanntheit nach waren 271 evangelisch, 30 katholisch und 45 polnisch; 41 waren Jahrgänger und 105 waren in Pension. Leider hat die Anstalt immer noch nicht das Öffentlichkeitsrecht erhalten. Herzuverheben ist das günstige Urteil des Inspektors Dr. Czuczajki über die Anstalt. Das Ergebnis seiner Visitation im März 1932 sahste er in folgenden Worten zusammen: „Der Staat der Anstalt befürchte sich sehr über- all in richtiger Anpassung die Einrichtung die sich nicht einseitig. Mit Hoffnung darf man daher in die Zukunft blicken. Die bevorstehende Schulreform wird insbesondere die Anstalt unterstützen, ihre guten Sündenanteile aber nicht berühren, sofern nicht der Vorkörper grundlegende Änderungen erfährt und sein Streben und seine geistige Haltung modifiziert.“

Auch das „Belom-Knothische Realhumanistische Mädchengymnasium“ heißt, im laufenden Schuljahr keine besondere Klasse zur Reifeprüfung zu haben. Eine neue lebende Klasse wird aber nicht gebildet, da die schulpflichtige Klasse nicht mit einem dauernden Ausbau zu einem achtklassigen Gymnasium zu rechnen. Die Schulleitung hat jedoch dafür Sorge getragen, daß die Schülerinnen der jetzigen 6. Klasse ohne Zeitverlust in den Anschluß an die 7. Klasse des Gymnasiums mathematisch-naturwissenschaftlichen Typs finden können. Das soll auch in diesem Schuljahr geschehen. Diese Schule wurde im letzten Schuljahr von 260 Schülerinnen besucht, davon waren 198 evangelisch, 22 römisch-katholisch, 2 orthodox und 37 polnisch; 19 Schülerinnen mochten bei den Eltern in Posen, 45 waren in Pension und 26 Jahrgänger. Der Staatsangehörigkeit waren 221 polnisch, 34 reichsdeutsch und 5 Schülerinnen waren aus dem übrigen Ausland.

Ein deutsches Priortogymnasium in Königsbütte.

In Königsbütte, einem Minderheitenmittelpunkt Ostpreussens, ist in diesen Tagen das große Deutsche Priortogymnasium fertiggestellt worden. Es liegt im jüdischen Stadtteil, an der Sca. Gmelina- und Gültelstraße (jetz. Dombrowski-/Zjednocznictwastraße)

und nimmt sich in der Umgebung einiger Neubauten recht gut aus. Es ist ein Zweckbau, der durch seine betonte Einfachheit wichtig wirkt. Der Deutsche Schulverein hat das Gymnasium in Pacht genommen. In ihm können 660 deutsche Schüler zum Studium aller Sekundärlagen vorgebildet werden. Es wohnt in den ersten fünf Jahren noch den Charakter eines methodisch-naturwissenschaftlichen Gymnasiums (mit Rücksicht auf die Schüler der aufgelösten Priortogymnasien). Die Aufgaben des buntfarbenen Schulprogramms, entsprechend den Forderungen des polnischen Schulgesetzes, beginnt gleichzeitig. Der gute Eindruck des Gebäudes von außen wird übertrifft bei einer Besichtigung der Einrichtung. Die „Oid. Mogenspoll“ (Deutsh, O.-S.) schreibt darüber: „Das Deutsche Priortogymnasium ist eine der best ausgerüsteten Schulen Ostpreussens. An den Räumen für den naturwissenschaftlichen Unterricht ist die Erlangung in einem Vortragsaal, einem Arbeitsraum und einem Fernleiterraum vorgenommen. Die meisten Lehrmittel sind mehrfach vorhanden. Der Chemieraum gleicht einem modernen Laboratorium. Das Stereogrammer hat eine Einrichtung an der Decke, mit der der Gegenstand dargestellt werden kann; außerdem gibt es eine meteorologische Anlage. Für den Musikunterricht steht ein Saal mittlerer Größe zur Verfügung. Die große Turnhalle ist zweigeteilt. Beim Besuchen der Schiebetür bietet sich ein riesiger Saalpaß. Die Schule birgt zwei Bibliotheken, weiter einen Irtpruum mit Gymnastik-, Konferenz- und Lehrerzimmer, einen großen Frühstücksraum und Versammlungsraum. Die Milchküche macht einen besonders ausgezeichneten Eindruck. Die deutsche Minderheit Ostpreussens ist auf das Priortogymnasium in Königsbütte stolz.“

„Weil ein Schüler fehlt!“

Rachdem die polnischen Schulbehörden zuletzt in Bieleh gegen die deutsche Schule vorgegangen sind, ist nimmher auch in Leschen ein ausgeprägter Widerstand gegen das Schulwesen der deutschen Minderheit erfolgt. Die Behörden verfügen, daß die deutsche Volksschule von einer vierklassigen zu einer dreiklassigen Anstalt umgestaltet würde, lediglich weil der vorgeschriebenen Anzahl von 181 Schülern nicht mehr entsprechen werden lie, da nur noch 180 Schüler vorhanden seien. Einem einzigen Kinde, das nach polnischer Zählung zu wenig ist, wurde also eine ganze Klasse geopfert. Es ist kein Zweifel darüber, daß den gefährlichen Bestimmungen damit Rechnung getragen wurde. Doch aber die Auslegung dieser Bestimmungen „liberal und entgegenkommend“, wie es von polnischer Seite immer gefordert wird und auch von polnischer Seite in Deutschland immer in Anspruch genommen wird, gehandhabt worden sei, wird niemand behaupten können. Die Erbitterung der deutschen Eltern ist selbstverständlich, und es ist bei dieser Gelegenheit zu betonen, daß die Zahl der polnischen Schüler in Deutschland gibt, als die jetzt aufgehobene deutsche Schule in Leschen

Das soziale Elend in den ehemals preußischen Teilgebieten.

Das soziale Elend ist in den ehemals preußischen Teilgebieten im Gegensatz zur preußischen Zeit außerordentlich hoch. Am Rande der Städte treiben sich viele Hunderte von Arbeitslosen, die keine Unterstützung erhalten, mit ihren oft sehr vielköpfigen Familien in Lumpen gehüllt umher und betteln. Nicht aber betteln sie ihren Lebensunterhalt durch Diebstahl und Raubüberfälle. Es gibt ganze Gegenden, in die sich mit Beginn der Dämmerung niemand mehr zu geben traut, in der Angst, überfallen zu werden. Was trifft auch auf die herrliche Brankenhofer Forst bei Bromberg zu, die früher der Hauptausflugsort der deutschen Bevölkerung war und in der heute viele Hunderte von Erwerbslosen in Erdlöchern kampieren und alle Späriergänger aufdringlich anbeteln und sogar tödlich gegen sie werden, wenn sie nichts geben.

Fast kleine Epochen kennzeichnen am besten die Zustände. Beim Gwaminberochlet in Groszoll bei Bromberg erlitten der Arbeiter Thomas Eichen und meldete die Geburt seines Sohnes an. Als Geburtsort gab er an: „Am Brankenhofer Walde unter der Eisenbahnbrücke.“ Ein deutscher Journalist stellte fest, daß dort in einem alten Eisenbahnhöfen drei Ehepaare mit insgesamt 14 Kindern kampieren. Eine Einrichtung ist in dem Wogen nicht vorhanden, nur eine dünne Holzplattendecke. Neben dem Eisenbahnhöfen haben sich die Arbeits-

losen einen primitiven Kuhstall gebaut. Die Familie des Eichen wurde in diesen Wogen erst aufgenommen, als das Kind im Sande zur Welt gekommen war. Nachts kampieren oft 40 Menschen in diesem Wogen.

Auf bei Bromberg Arbeiter Wohlfahrtsamt erlitten eine schwangere Frau, die küster mit ihrem Mann in einem Erdloch kampiert hatte, aber von anderen Arbeitslosen daraus vertrieben worden war, und bot um Hilfe für ihre Kinderkurt. Diese Hilfe wurde ihr verweigert, da sie nicht in Bromberg wohne. Die Frau bemerkte, daß sie nirgendwo wohnen und legte sich vor dem Wohlfahrtsamt aufs Straßenspflöster. Es bildete sich eine riesige Menschenansammlung, und lo wurde nach mehreren Stunden schließlich unter dem Druck der öffentlichen Meinung die Frau in ein Krankenhaus transportiert.

**Bis zum
20. Sept.**

müssen Neubestellungen auf unter „Stichtag“ für 4. März 1932 eingeleitet werden. — Bei später erzielenden Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 RM. zu zahlen. Der Besuzer für 3 Monate beträgt 150 RM. (ohne Zustellungsgeb.).

Die ostmärkische Frau

Zeitschrift für die Ostmarkarbeit deutscher Frauen.
Mitteilungsblatt des Frauenbundes des Deutschen Reiches
und der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen.
(Erscheint in wöchentlichem Folge).

1932

4. Folge



Gefegnet.

Das Gottes Himmel sei herabier
aus Stern in deinen Lebenskreis,
nau lagst du bei Herz netzliche Lieber,
die es aus alten Sagen weis.

Da gehst, in stillen Blick gefegnet,
mit frohen Schritten durch mein Haus.
Da Herz, das betruen nun begnaget,
frägt, bist durch dich, auch Glück hinaus.

Das Gottes Himmel sei herabier
aus Stern auf deine Lebensbahn,
dein Herz liegt stille Wagnenfeier
und ist dem Feinde aufgeben.

Julius Danzmer.

Geschichten aus einem Bahnwärterhaus.

Von J. Habbe.

Meine erste Jugendzeit verlebte ich in einem idyllisch gelegenen Bahnwärterhäuschen. Jeß märchenhaft war es von einem dunklen Kiefernwald umgeben. In tiefer Einsamkeit lag es an der Bahnhofsstraße, welche von Polen nach Kreuzburg (Oberhieslitz) führte. Die nächsten Nachbarn waren die Bewohner des kleinen Bahnhofs, des Gutsvorwerks und des Bahnwärterhäuschens, alle eine halbe Stunde Fußweg entfernt. In der Nähe des Bahnwärterhäuschens lag ein großer See, gleichfalls eingebettet im Kiefernwald. Hier vorbei führte auch der Weg zu einem einsamen Dorf. Dieses herrliche ostmärkische Landschaftsbild mochte schon auf das Gemüt des Kindes einen starken Eindruck. Wenn die dunklen Kiefern rauschten und das Schilfrohr am See sich bewegte, dann erschienen in der Dämmerung Gebilde, die uns Kindern ein märchenhaftes Grauen einflößten.

Im unserm kleinen Wärdterhäuschen lebte, trotz großer Kinderzahl, ein sehr intimes Familienleben. Das Einkommen meines Vaters war karg bemessen, aber um so größer war die Wärme, die aus das Elternhaus gab. Mein Vater, ein arbeitsreicher Pfandkärter, war das Vorbild der Pflichttreue, Gottesfürchtigkeit und Ehrlichkeit war der Kern seines echten deutschen Wesens. Und unsere gute Mutter! Sie war die nie verlegende, milde Engelsgestalt, die für uns Kinder das Sinnbild der ausgleichenden Liebe und Ernte war. Keine Mühe, kein Opfer war ihr zu groß. Sie nähte, stückte und stopfte des Nachts, denn der Tag war von den Pflichten als Schrankenwärterin, von der Vorbereitend und von der Aufsichtung des Klein- und Großviehs ausgefüllt. Und dennoch war sie für uns jedes Kind eine aufopfernde Mutter. Der Dienst als Schrankenwärterin erforderte in den 14 bis 16 Dienststunden größte Aufmerksamkeit, da die Eisenbahnstrecke in kurzen Abständen von Robbenjungen besetzt wurde. Und immer war sie auf ihre eigene Kraft angewiesen, da mein Vater als Strakenwärter oft weit von seinem Wohnort entfernt war. Wenn ich oft an unsere brave, nie klagende Mutter und ihr Schaffen denke und Vergleiche mache mit den so oft verewirselten, immer klagenden Müttern der Jetztzeit, die vielleicht nur für zwei Kinder zu sorgen haben, dann kommt mir einigebundert Ecker Spargelecker der Arbeitslosen in primitiven Verhältnissen vorübernehmen mußte, da sie unter ihren eigenen Gemäßen Diebstahl fürsteten. Und dennoch gab der Einfluß der Umgebung und der Abgeschlossenheit dem Menschen und so auch meinem eigenen Eltern eine eigene Art, zu denken und zu empfinden. Besondere Sitten und Gebräuche bildeten sich heraus, die oft schon von Generation zu Generation vererbt worden waren. Wenn auch zuweilen eine Art Abgeschlossenheit mit ihnen verbunden war, so halfte doch daran etwas Erhebendens, ein ernstes und heiliges Empfinden, das die Ostmärker so stark auszeichnet.

Im den Stunden reifen Alters kommen manchmal die Sitten und Gebräuche jener Zeit als ein süßes Erinnern aus der Jugendzeit zurück. Alles, was es in dieser „aufgeküßten“ und abgehaberten Zeit auch festlich erscheint, ist für mich ein Stück ostmärkische Heimat, ein Stück Kindsglaube und Kindsglück.

Auch mit dem Blick und Sagen dieses kleinen Wärdterhäuschens waren manche Sitten und Gebräuche verankert, die, wenn ich sie jetzt meiner

alten guten Mutter erzähle, ihr ein herrliches Lächeln ablockten. Auch sie ist nicht mehr die Mutter aus der Kinderezeit. Auch sie hat durch den Verlust der Freiheit und der Zeitentwicklung viele Romantik der Jugendzeit abstreifen müssen.

Wir hatten jeden Tag in den partischen Kinderjahren einen 1 1/2 Stunden langen Weg zur Schule zurückzulegen. Nicht durch schöne Straßen führte er uns. Einmal, mit dem aus einem Waldweg kommenden Bahnwärtermädel gingen wir an der Bahnhofsstraße den Weg durch den flussieren, aber doch so herrlichen Kiefernwald. Dann führte der Weg an einem See vorbei. Nicht immer war Einigkeit mit den sich im Laufe des Weges zu uns geliebten Kindern der partischen Väterarbeit vorhanden. Oft wurden wir gehänselt, geschlagen. Aber niemals kam eine Klage zu unsern Eltern über unsere Pappen. Wir blieben auch in der Kinderezeit tapfere deutsche Kinder.

Und mitten in dieser Einsamkeit murmelte tief verworren mit der Umgebung und der oft noch einsitzigen Leute ein Überglück, der aber so ernst und tief sich als Gewohnheit verpflanzte, das ein Abweichen davon eine Gefahr oder eine Sünde bedeutete. Man glaubte an Verpflanzungen, an Geländebeten, an einen von bösen Personen besessenen Weichselkopf, an Hexen, die Unglück über den Hausstand und das Vieh bringen, und vieles mehr. Die armen, bei Tage schlummernden Gassen wurden als Hexen verpflegt und erledigen. Auch die so herrlich bei Tageslicht aufscheinenden Nachtfalter waren nach Ansicht der Leute Hexen und hatten auf den Menschen und sein Schicksal großen Einfluß. So kam es, daß hier oft geisterhafte Einflüsse auch unsere Eltern und vor allem unsere gute Mutter ergriff. Wenn wir als Kinder einen Auftrag nach dem von uns immer als Geisterdorf angesehenen Dorf Demnitz auszuführen hatten, bekamen wir von der lieben Mutter in die eine Hosentasche ein Stück Knoblauch. Dieses kleine Zwiebelkraut war beim Weggehen von Personen in der Tasche in der Hand behalten. Es sollte uns von bösen Geistern und Hexen schützen. Und unsere, an Märchen und Schauererzählungen leicht entzündete Phantasie Job oder hörte auch geleglich Geister. Jeber Ruf eines Vogels aus dem Walde klang als Geisterruf, und der gurgelnde, geisterhafte klingende Ton des Taubers (Vogel) vom See galt als Hexenruf. Job lautlos, ohne zu reden, gingen wir den nahezu zwei Stunden langen Weg durch den Wald und endlich erlöschten mit der ersten Strohbücher von Demnitz. Die Hütten waren dicht am See gelegen. Brunnen konnte man hier nicht. Das Wasser wurde dem See entnommen. Die Bewohner dieses Ortes waren gut, gläubige Protestanten. Die Gezeiten waren germanischen Ursprungs, doch beideten sie sich des Polnischen als Mutterprobleme. Einmal, vielleicht vergessene Einmünderer aus der Zeit Sobieskis. Die Verhandlungen mit uns Kindern, die mir nur deutsch sprachen, war schwierig. Jobs Antwort und Bewegung mußte oft abgesehen sein, denn die Bewohner waren fast ausschließlich oberdeutsch. Ein Bauersjüng, welcher als Gelehrter angesehen wurde und sein Wissen aus dem in allen Zeitstrichen damaliger Zeit angepriesenen „Siebenten Buch Moses“ entnommen hatte, brachte die Gemüter der Einwohnern noch mehr in Erregung. Die Folge war, daß in einem Hahn, welches krächte, man den Teufel verpürzte und es sofort tötete. Wir hielten uns bei einem Besuch nicht lange auf, denn immer wieder glaubten wir den Teufelspuk im Zucken und breiten uns, recht bald auf. Ein Eltern uns zu erreichen. Ob ging schon die Sonne bei dem Rücken unter, und die Dunkelheit der Wälder wirkte geisterhaft. Wenn mir endlich in dieser Stille den Signalpfiff der Lokomotive hörten, atmeten wir erleichtert auf, denn unser Elternhaus war in der Nähe.

Der Knoblauch spielte als Schutzmittel gegen Geister und Hexerei immer eine große Rolle. So auch am Weihnachtsfest. Trotz der hoffungsreichen Minuten der Kinder hatte dieser Job ein starkes Borgefühl. Er wurde sogar zu dieser Zeit gefasst, die ihm schon bei dem Mittagessen gab es einen Solbringer, trocknen Brot und ein Stück Knoblauch. Auch dieses Rezept war gegen die bösen Geister. Aber nun kommt das Beste. Wir hatten eine schöne bunte Kuh, die in einem Bahnwärterhäuschen eine königliche Rolle spielte und daher gehütet, geschütet und gepflegt wurde. Auch diese treue Kameradin unserer Kindheit mußte den Schmaus gegen die bösen Geister und Hexen einnehmen. Vater und Mutter begaben sich mit einem Stück ergrüteten Seering und trocknen Brot mit himmelstürzenden Knoblauchkörnern in den Stall. Der Vater schlafte das Maul der Kuh, und meine Mutter führte die „Götterpfähle“ hinein. Mit etwas Ungewöhnlichem schluckte das Vieh dieses so wertvolle Medikament gegen die bösen Geister und Hexen herunter.

Und dennoch geben diese Erinnerungen aus der Jugendzeit im kleinen Bahnwärterhaus mit so schönen Stunden der Kinderezeit wieder. In den fast schmerzhaft wirkenden Kiefernwald, der so einsam, abgehabert und unerschütterlich ausblüht, wenn die Sonne im Westen doch so stark das erdbeerwahrene Heiligtum der deutschen Seele wider.

Neues aus Polen.

Europapflug-Sieger Zmirko umgekommen.

Der polnische Sieger Zmirko hat sich der Europa-Meisterschaft nicht lange erfreuen können. Doch er bei dem internationalen Europapflug kürzlich den Sieg unter etwas eigentümlichen Umständen zugesprochen erhalten hatte, haben wir in der vorletzten Nummer eingehender dargelegt. Am Sonntag (11. September) führte er, zu einem Wettfliegen in Prag unterwegs, mit seinem Flugzeug, das er beim Europapflug benutzt hatte, an der tschechisch-polnischen Grenze ab und fand dabei den Tod mit dem Konstruktur seines Flugzeuges, dem polnischen Ingenieur Wiguera. Der Absturz erfolgte in der Nähe von Gleshan infolge eines Wirbelsturmes. Die Körper der beiden Verunglückten waren völlig verformt. Das Flugzeug ist zerstört. Die Frau Zmirkos erfuhr das Unglück in der Erntekirche in Warschau, wo Prälat Komakowski die Trauerkumbe von der Kanzel herab mittelte.

Eine national-kommunistische Arbeiterpartei in Polen.

Nach Meldungen der polnischen Presse ist eine neue polnische Partei gegründet worden, die sich „National-kommunistische Arbeiterpartei“ nennt. Die Partei will den Kampf „gegen die unter jüdischer Leitung korruptierte 3. Internationale“ führen. Ihre weiteren Programmpunkte sind: Durchführung der Diktatur des Proletariats, Auflösung der Parlamente, entschließungslose Enteignung und Verstaatlichung aller Geschäftsbetriebe, alle Banken, die Verstaatlichung aller Privatvermögen über 200 000 Sloski, Trennung von Kirche und Staat, ausbreitende Sozialfürsorge usw. Grundständig sollen die Nationalkommunisten nur eine nationale Minderheit in Polen anerkennen, nämlich die der Juden. Die übrigen Minderheiten werden wie Polen behandelt; es soll ihnen aber Freiheit ihrer Sprache zugesichert werden. Es bleibt abzuwarten, was aus diesen neuen merkwürdigen Parteiverbänden werden wird.

Die sogenannte Fünfte der Nationalen Arbeiterpartei in Lodz hat sich nunmehr vollständig aufgelöst. Ein Teil der Anhänger hat seinerzeit die polnische Nationalsozialistische Partei gegründet; die übrigen Mitglieder sind direkt in die Organisationen des Regierungsblokks eingetreten.

Siedlungs- und Wohnungswesen.

Siedlerstellen zu vergeben.

Die aus nächstehende Gemeinnützige Siedlungsanstalt Deutscher Ostbund m. b. H. hat das Domänenvermerk Jednebek im Kreise Angermünde/Ltn. bei Grampon zur Versteigerung übernommen. Es werden dort 9 Stellen von 60 bzw. 80 Morgen und 11 Stellen zu 35-45 Morgen ausgesetzt. Die Übernahme der Stellen kann noch in diesem Herbst erfolgen. Bewerber für die 60- bzw. 80-Morgen-Stellen können sich bei der Gemeinnützigen Siedlungsanstalt Deutscher Ostbund m. b. H. in Berlin W 30, Mohrstr. 22, melden.

In Groß-Jastron, Krs. Granngom/Pommern, hat die Gesellschaft noch drei kleine Kinderpflanzstätten von je 25 Morgen zu vergeben.

Die preussischen Siedlungskreditinstitute.

Wie die Korrespondenz Offiziele meldet, soll die weitere Verwirklichung des sogenannten Siedlungsapparates, die letzten nicht weiter durchgeführt werden können, in kürzester Zeit erfolgen. Sobald die Frage Reich-Preußen im Sinne der von der Reichsregierung geplanten Reichsreform geklärt ist, werde der Übergang der preussischen Siedlungskreditinstitute und -behörden auf das Reich automatisch erfolgen.

Bundesnachrichten.

Rundschreiben Nr. 5

Ist am 9. September über die Landesverbände den Ortsgruppen jugendgegangen. Es enthält Erörterungen zu einer im Wortlaut beigefügten druckreife Deklaration der Jugendgemeinschaft der Geschädigtenverbände über die Entschädigungsfrage, die sich sehr eingehend mit der völligen Unzulänglichkeit der bisherigen Entschädigung befaßt und nachweist, daß auch nach der Aufhebung der Reichsregierung die Geschädigten die ersten Reparationen durch Herabgabe ihrer Vermögen haben leisten müssen, weshalb auf alle Fälle eine angemessene Erhöhung der bisherigen Entschädigung gefordert werden müsse. An der Deklaration heißt es wörtlich: „In Vorleistungen auf Grund früherer Bestimmungen sind den Liquidationsgeschädigten insgesamt etwa 450 Mill. Mark geschuldet worden. Die Gesamtliquidationsentschädigung von rund 1 Milliarde Mark beträgt also nur rund 12 1/2 p. H. der anerkannten Liquidationsgeschädigten. Dagegen sind dem Reiche von den ehemals gegnerischen Mächten rund 2 Milliarden Mark aus den Erlösen des liquidierten deutschen Eigentums gutgeschrieben worden. Die Aufwendungen des Reiches für die Liquidationsgeschädigten entsprechen mithin etwa nur der Hälfte dieser Gutschriften.“

Englische Eisenbahn-Anleihe für Polen?

Nachdem die Verhandlungen mit französischen Finanzmittlern über die Gewährung einer Anleihe zum Ausbau des polnischen Eisenbahnnetzes ergebnislos geblieben sind, werden jetzt in London Verhandlungen über eine Anleihe von 60 Millionen Sloski für den gleichen Zweck geführt, die erfolgreich zu werden versprochen.

Eröffnung der polnischen Kohlenbahn.

Am polnischen Verkehrsministerium hat eine Konferenz mit Vertretern der französisch-polnischen Konzeptionsgesellschaft für den Bau und Betrieb der Eisenbahnlinie Orlow-Berehellen-Gdwin in Kattowitz-Eisenbahn ausgebrochen. Offizielle Mitteilung heißt, daß die im Konzeptionsvertrag vorgesehene Subvention der gesamten Strecke fünfmal so zum 1. Januar 1933 erfolgen werde. Die Bauarbeiten an der bisher schlafenden Mittelstrecke der Magistrale Hohenjalza—Duanika Wola (im ehemaligen russisch-Polen) seien bereits soweit fortgeschritten, daß der Verkehr auf dieser Strecke noch vor Ablauf dieses Jahres eröffnet werden könnte. Das Verbleiben der zweiten Route der französischen Eisenbahnlinie in Höhe von 300 Millionen Szl. werde teilsweise die Folge haben, daß die neue Linie noch nicht mit eigenen Lokomotivdepots, Werkstätten und eigenem rollendem Material ausgestattet werden könne. Der mit Beginn des neuen Jahres zu eröffnende Verkehr werde daher zunächst einen provisorischen Charakter haben.

Verlust des amerikanischen Generalfeldmarschalls.

Mac Arthur, in Warschau, seine Teilnahme an den polnischen Manövern, seine Audienz bei Marschall Pilsudski und beim Außenminister Jakski werden in der polnischen Presse eingehend besprochen. Über die Bedeutung des Verlustes ist man sich nicht einig. Die einen wollen von einem Druck auf Sowjetland und von Verhandlungen über Bildung einer gemeinsamen Militärfront wissen, die anderen halten den Verlust für eine reine Informationsfrage ohne politischen Charakter. General Mac Arthur ist vom polnischen Generalfeldmarschall mit dem höchsten polnischen Orden, dem Großen Bande des Ordens „Polonia Restituta“, ausgezeichnet worden.

Die Deklaration enthält ferner eine sehr bemerkenswerte Wiedergabe von Auslassungen der Vertreter aller früheren Reichstagsfraktionen, die eine spätere Wiedereinbringung für notwendig erklärt haben. Sie macht weiter darauf aufmerksam, daß der Mangel an Vertrauen, der die eigentliche Ursache der letzten Weimarer Reichstagswahl ist, nicht nur nicht aufgehoben ist, sondern daß im Westreich in einer noch niemals begangenen Weise von unferen Feinden deutsches Eigentum entschädigungslos enteignet worden ist und daß eine vollständige Wiedereinbringung des Vertrauens in der Welt auch nicht „Dach greifen wird, bevor nicht der Grundzins, daß das Privatvermögen des Ausländers im Kriege unantastbar und heilig ist, durch eine bessere Entschädigungsrechnung getragen wird. Die Arbeitsgemeinschaft verlangt von der Regierung, daß bei der künftigen Weltwirtschaftspolitik zuerst die Wiedereinbringung in Betracht mit in Ordnung gebracht wird. An diesem Sinne wird in der Deklaration der Reichstag ermahnt, auch seinerzeit die Wiedereinbringung und Ordnung des Vertrauens in der Welt beizutragen, insofern aber Mittel zu beschaffen, „um durch entsprechende Beihilfen und Unterstützungsarbeiten den erեսenen wirtschaftlichen Zusammenbruch wieder aufzubauen und zu beheben und in dem Westreich über alle allgemeinen Kriegesopfer hinaus noch Entzügen und Härten zum Opfer gebracht haben, vor Zugern und Verzweiflung zu verhüten.“ Die Deklaration wird unter anderem Landesverbände und Ortsgruppen sicher zur Verwendung im Wahlkampf gelegen kommen. Sie wird auch den bei den bevorstehenden Wahlen neu in den Reichstag kommenden Abgeordneten ebenso wie der Regierung, dem Reichsrat und dem Reichspräsidenten zugehen. Der Inhalt legt das Recht der Geschädigten auf höhere Entschädigungen in die nachdrücklicher und überzeugender Weise dar, daß er sicher nicht ohne Eindruck bleiben wird. — Weiter bringt das Rundschreiben eine wichtige, aus dem Deutschen Ostbund gerüstete offizielle Mitteilung über die Verhältnisse in der deutschen Studenten an den Technischen Hochschulen in Danzig, die deutsche können, indem zugleich aus nationalpolitischen Gründen dafür eingetreten wird, daß möglichst viele junge Deutsche aus dem Reich, die technische Hochschulen besuchen, für die eigene Studienzeit oder wenigstens für einige Semester nach Danzig gehen. — Unjere Mitglieder können alle Röhre bei ihren Ortsgruppen erfahren. An Einzelpersonen werden Rundschreiben nach und nach verteilt.

Die pommerische Ostbund-Jugendmarschier!

Der glänzende Verlauf des ersten Reichsjugendtreffens in Genaroda hat die pommerischen Bundesverbände zu einem neuen Schritt, noch im Jahre 1932 ein Pommerntreffen der ostmarkischen Jugend zu veranstalten. Diesem Wunsch Rechnung tragend, hat der Landesverband Vorpommern im Einvernehmen mit dem Landesverband Ostpommern sein Treffen für die Jungostmärker am 1. und 2. Oktober d. J. in Damm b. Stettin vorbereitet. Es soll für die Bevölkerung die Not unjere verlorenen Ostmark sowie der blutenden Grenzmark vor

Deutsche Osmärker! Helft das „Ostland“ verbreiten! Dann fördert Ihr Eure eigene Sache und die Eurer werden der Abende das Lesebedürfnis der Familien größer wird. Jeder „Ostland-Leser“ werde mindestens 3 neue Bezieher für das nächste Vierteljahr.

deutschen Minderheit in Polen wie auch aus dem Reichs dem verstorbenen Mann auch sonst eine reiche Fülle von Glückwünschen zugegangen sein.

Schulrat a. D. Eduard Sakobieski 70 Jahre alt.

Am 11. September feierte Herr Schulrat Eduard Sakobieski, Göpenitz, Dörmannstraße 7, seinen 70. Geburtstag. Herr Sakobieski, der geborene Ostpreuze ist, hat während seiner langen verdienstvollen Amtszeit als Schulmann und Schulaufsichtsbereiter beruflich und ehrenamtlich sich stets für die Interessen des Ostens in eingehender Weise eingesetzt. Während des Weltkrieges war er beim Verwaltungsrath des deutschen Generalgouvernements in Warschau tätig, und zwar als Leiter der Schulverwaltung in Dody, die er mit großem Erfolg organisierte. Nach dem Kriege als Schulrat in Göpenitz tätig, trat er vor fünf Jahren wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Seit vielen Jahren hat er sein Interesse für den Osten auch dadurch betätigt, daß er jeholzeitweilig Vorleser des Deutschen Ostmarkenvereins in Berlin ist.

Staatssekretär von Vindequitt 70 Jahre alt.

Der ehemalige Staatssekretär des Reichskolonialamtes Friedrich von Vindequitt ist am 15. September 70 Jahre alt geworden. Vindequitt, ein geborener Pommer, trat 1892 in die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes ein, ging von da in die Verwaltung Deutsch-Südwestafrikas über, wurde Generalkonful in Kapstadt, schließlich Gouverneur von Südwestafrika. Unter Dernburgs Herrschaft im Kolonialamt rückte er zum Unterstaatssekretär auf, wurde später Dernburgs Nachfolger. Aber Differenzen mit Weichmann-Hollweg und Kibberlin, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, veranlaßten ihn bald zum Rücktritt. Sein Abschiedsersuchen wurde freilich höchster Ungnade: Vindequitt las sich demütig seinen Abschied als Hauptmann der Reserve zu verlangen. Als Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft hat er sich nach dem Kriege für die Befreiung der früheren deutschen Kolonien durch deutsche Bauern energisch eingesetzt. Seit Jahren betreibt er auch die Zurückgewinnung der uns durch das Diktat von Versailles entzogenen Kolonien. Auch als Vorleser der „Vereinigung für Siedlung und Wanderung hat sich Tätigkeit von Vindequitt Verdienste erworben. Dem „Auslanddeutschen“ hat er stets das größte Interesse entgegengebracht. In diesem Gebiet hat der Deutsche Ostland seit vielen Jahren mit ihm zusammen gearbeitet und sich seiner Förderung in jederer möglichen Weise zu erfreuen gehabt.

Ortsgruppenleiter Otto Voßmann 70 Jahre alt.

Der Kaufmann Otto Voßmann in Cüßthen wird am 18. September 70 Jahre alt. Er ist 1862 in Pinn (Polen) als Sohn des Kaufmanns Karl Voßmann geboren, besuchte die evangelische Schule in Pinn und das Gymnasium in Polen. Dann trat er in das Geschäft seines Vaters ein, das er später selbständig weiterführte und zum größten Kaufmannsgeschäft der Stadt entwickelte. 1890 verheiratete er sich mit Klara Härtel aus Scherwin. Der Ehe entstammt eine Tochter Votta, die mit Regierungsrat Jagemann in Stralfund verheiratet ist. Otto Voßmann hat in Pinn seine Kräfte neben seiner Berufstätigkeit in hervorragender Weise für das Deutschtum eingesetzt. Im Krieger- und Gefangenverein nahm er eine führende Stellung ein. Die Schützengilde führte er zu solcher Höhe, daß er in den Vorstand des polnischen Provinzialverbandes der Schützengilden berufen wurde. Durch seine Tätigkeit und Opferfreudigkeit wurde 1914 das neue prächtige Schützenhaus erbaut. Seine Gabe über ihn beschrieb durch Erennung zum Schützenkronen. In der Stadterneuerung hat er sich mehr als 25 Jahre als Stadterneuerer und als Magistratsmitglied, seit 1911 als Abgeordneter betätigt; von 1919 ab hat er sich auch unter polnischer Herrschaft leitend in der Stadt betätigt. Auch als Schiedsmann und als Mitglied des Gemeindevorstandes und des Kreisrates hat er sich für das Gemeinwohl erfolgreich eingesetzt. Seine treue deutsche Gesinnung führte ihn 1922 zu der großen Ehre der deutschen Verdieneten. Er fand mit seiner Gattin Unterkrän in Jellnitz und von 1930 ab in Cüßthen, wo er die Ortsgruppe des Deutschen Ostlandes erfolgreich leitet.

Konful Dr. Pochhammer verläßt Ostern.

Der langjährige Konful des Deutschen Reiches in Thorn, Dr. Pochhammer, ist zum Generalkonful in De Haave (Schweiz) ernannt worden. Zu seinem Nachfolger wurde Konful von Rühlert in Bergen (Norwegen) ernannt.

Regationsrat Graf von Mollin von der Deutschen Gesandtschaft in Warschau ist an die Deutsche Gesandtschaft in Ljibon versetzt.

Das 40jährige Ritterjubiläum feierte am 9.9. Hermann Hecht in Putzig; er geriet auch zum Gemeindekörperschaften an und hat sich um die Gemeinde sehr verdient gemacht.

Gerichtsstellor Hans Janowski, Sohn des Oberrentmeisters J. früher Samter bvm. Polen, jetzt in Merseburg, ist, nachdem er im Dezember v. J. die zweite große juristische Staatsprüfung bestanden hatte, beim Amtsgericht in Falkenberg (Oberhessen) als Rechtsanwalt zugelassen worden.

Geboren: Ein Sohn: Konfulstizialt Sellnick und Frau Gertrud, geb. Schirrmacher, Königsberg i. Pr.

Verlobt: Dr. Oskar Hilinski, Oberarzt am Auguste-Victoria-Krankenhaus in Berlin, mit Fräulein Witting, Tochter des verstorbenen märkischen Rittergutsbesizers W., jetzt in Berlin.

Silberne Hochzeit: Vandoit Heinrich Kumppe und seine Ehefrau Margarete, geb. Driggar, in Wilmshausen, bei Schöningen, Kreis Verden (Nied. Ostpreußen-Cant. (früher Mühlgraben, Kreis Strelitz), (Mollat der Ortsgruppe Verlinchen, am 29.9.; Uhrmuder Cäsar Salomon und Frau, geb. Rautenberg, in Palzmark, Marktstraße 58 (früher Orieien, Westpr.), am 28.9.

Goldene Hochzeit: Das Hermann Jäschke Ehepaar in Schwetitschen. (J. ist 86, seine Frau 77 Jahre alt.)

Bejehrte Osmärker: Frau verw. Emma Jänike aus Samter, jetzt bei ihrem Schwiegerkinder, Osepolzinspektör Piese, Dortmund, Dresdener Str. 53, III, am 7. 9. 78 J.; Oberpostfachnummerierte Amalie Bauerer in Berlin-Scharlottenburg, Straße am Hof, Jungfernhöhe Nr. 8, früher Kakek, am 19. 9. 75 J.; Frau Johanna Göhn, Pandsberg a. W., früher Argeman, am 12. 10. 70 J.; Michael Bauer, Mitglied der Ortsgruppe Berlin-West, Charlottenburg, Christl, 5, früher Groß-Jagdschloß b. Bromberg, am 19. 9. 82 J.; Friedrich Siegenhagen, vor der Abwanderung Anleiter in Rieslingswalde, Rts. Prießen, seit zehn Jahren Mitglied der Ortsgruppe Wanne-Gökel, am 24. 8. 75 J.; Johann Seher, früher Malbenbesitzer in Calmeke, jetzt in Havelberg (sein Sohn, Kaufmann Max Seher, ist langjähriges Vorstandsmmitglied der Ortsgruppe Wanne-Gökel, am 22. 9. 83 J.; Witwe Auguste Köhler, geb. Limm, in Kaiserfeld, Rts. Sireno (Mutter des 1. Vorsitzenden, unjeder Ortsgruppe Verlinchen & Reich, der jetzt dort zu Besuch weilt), am 1. 8. 75 J. (sie feierte ruhig den Tag im Kreise ihrer noch dort anfalligen Kinder und Enkel); Witwe Auguste Riedel, geb. Parnow, in Schneidemühl (Mittelsheim) am 18. 9. 90 J. (sie ist 1921 aus Jmo, Rts. Schubin, nach Schneidemühl abgewandert und hat die Ostlandverhältnisse trotz ihres hohen Alters stets regelmäßig besucht; in Folge Verarmung ihres Sohnes, bei welchem sie sich hier früher aufhielt, befindet sie sich seit einem Jahre im Städtchen Mittelheim; Syntheschrein a. D. Anna Göjch in Orlow, Kreis Ostpr. Pomm., Scherwinen - Jüterbocherhaus, Kronprinzess - Aller, früher Konitz, am 21. 9. 80 J.; Schlossherr Albert Hagn in Witt-Pandsberg, früher Reuditz a. D., am 24. 9. 70 J. (er feiert gleichzeitig sein 55jähriges Meisterjubiläum); Frau Bertha Berg, Breslau, Grotz-Str. 8, früher in Jaroslaw, später Berlin und dann die zur polnischen Verlegung wieder in Polen wohnhaft, am 29. 9. 75 J.

Gestorben: Rentiere Wolfgang von Rex in Frankfurt a. d. O. am 11. 9., 79 J. Konfulstizime Vina Jesh, geb. Kämpt, in Frankfurt a. d. O. am 10. 9., 71 J.; Bleichmeister Paul Rubnke in Schwetitschen am 6. 9., 70 J.; der Kirchenalters Diakonenmeister und Pastor Georg Mickley in Smalin am 27. 8.; Vandoit Emil



Der echte Sieger kennt keine Rast!

Auf Vorkosten ausweichen, heißt den Sieg verfehlen. Deshalb dürfen auch wir nicht erwidern, dem deutschen Käufer immer wieder unsere 4 Zigarettenmarken von überlegener Klasse lebendig in Erinnerung zu bringen:

Trommler 3 - Alaam 4 - Sturm 5 - Neue Front 6
STURM ZIGARETTEN G-M-B-H-DRESDEN



EGEN TRUD
U KONZERN

Paul Papsdorf

Sopranenlänger a. D.

langjähriger Solisten der Charlottenburger Opernhäuser in Berlin, allen Vokalisten bekannt als letzter Solist der **Städtischen Oper** in **Weimar**.

erteilt schnellförrnder Gesangunterricht

(Methode Stüde)

Einmalstunden zu jeder Zeit.

Berlin-Charlottenburg, **Wobischstr. 7, III.** — Telefon: **Elisabeth 2882.**

Zus. Honorar wird im Einzelfall den Zeitverhältnissen angepasst.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.

(Geschäftshilfe des Deutschen Ostbundes)
Berlin W. 30, Mohlstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

6% Reichsschuldbuchforderungen

durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten

Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Wriezen.

In der neuen städtischen Wohnungssiedlung sind ab 1. Oktober 1932 zu vermieten:

in **Zweifamilienhaus**: 3 Zimmer mit Kochstube, Preis 35 RM, monatlich.
in **Einfamilienhaus**: 3 Zimmer mit Küche, Preis 45 RM, monatlich. Reichliches Nebengelände, Bad, Gartenbenutzung, gesunde, ruhige Lage, unmittelbar an der Stadt, beste Bahnverbindung nach Berlin (1 1/2 Bahnstunden). Auskunft erteilt der **Magistrat Wriezen / Oder**

Ostmärker!

Teilet unsere Hundterbestände bei. Auskunft erteilt die Bundesleitung in Berlin W. 30, Mohlstraße 22.

Die Festschrift

die zur Feier des 25-jährigen Bestehens der Christuskirche in St. Vazarus und der Mattheiskirche in Wida von den Pastoren D. Rohde und Brummel in Polen herausgegeben worden ist, und die in Nummer 19 (S. 224) von Pastor Gültler empfohlen wird, ist von größtem Interesse für all. ehem. u. Volker.

Bestellungen auf diese Festschrift können unter gleichzeitiger Einlegung des für unsere Väter ermäßigten Betrages von 80 Pf. und 20 Pf. für Postgebühr und Verpackung, zusammen also 1 RM., auf das Postfachkonto Berlin 104 726 an uns ausgegeben werden.

Deutscher Ostbund

Abteilung Buchvertrieb

Berlin W. 30, Mohlstraße 22.

Verlag: Deutscher Ostbund e. V., Berlin W. 30, Mohlstraße 22. — Fernruf: B 5 Barbarossa 90 61. — Postfachkonto: Berlin 104 726. — Verantw. für die Schriftl.: J. A. Dr. Ernst Otto Iphig, Berlin W. 50. — Druck: Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW 68, Berlinerstr. 7/8.

Älteres halber verkaufe
meinen

Gasthof

in bester Lage, in Kleinstadt. Bereinigt mit Saal, schönen Kaminern, Fremdenzimmer, Fremdenzimmer und ertrag. Garten. Nehme gutes Haus mit Garten, wenig befaßt, in Tauf. Etwas Zuzahlung erforderlich. Angebote unter 2688 an das Ostland erbeten.

Ringolenzlegetel

Gebäude, Maschinen, in bestem Zustand, gute Geschäftslage, daher hohe Verzinsung, will ich krankheitshalber schnellstens verkaufen. Bieten unter 2682 an das Ostland erbeten. Vermittler verbeten.

Landhaus

5 Zimmer und Küche, Nebengelände, Stallungen usw., 1/2 Akr. Garten, in voller Kultur, so fort zu verkaufen. Preis 15000 RM. Bei Barzahlung 12500 RM.

Salomon, Berlin-Köpenick, Riegefeld, Str. D. Nr. 3, zu erreichen von Bahnhof Köpenick, Linie 83, Richtung Wendenhof. Haltepl. Marienb., dann links über Feld bis zur Kolonie.

Achtung!

Gelegenheitskauf! Das Geschäftshaus in Uebow ist zu verkaufen. Restaurant, Kasse, Tantele, Vereinsaal, 3 Zimmerwohnung. Alles in altherbeitem Zustande, 8 Jahre in meinem Besitz. Nachweislich gute Erträge. Preis und Ang. nach Vereinsd. J. Angel, Weitzer, Uebow/Pom.

Wer kennt

die Anschriften von Rudolf König, Emil Fried, P. Eißelhardt? Es handelt sich um Sparbücher der Stadtsparkasse Thorn. Gef. Angaben unter 2688 an das Ostland erbeten.

In der Rentengutsfasse **Grüdtberg** sind noch einige sehr gute, zirka 52 Morgen **Rentenstellen zu verkaufen**. Diese Stellen sind aus vorhandenen Gebäuden komplett und geräumig ausgebaut. Einschließlich Brennerei- und Weidelandes ist Anzahlung von ca. 5250.— RM. erforderlich. **Gutsverwaltung Adelsdorf (Schl.) (Siedlung).**

Ringfreie

Umzüge seit 1908

O. Noerenberg, Berlin, Lichtenriede-West, Dürerstraße 41. Telefon: G 3 6079. Früher Bromberg.

Ostmärker! Provisionsfrei!

Glänzende Existenzen!

Anzahl. A.

Gasthof, am Hauptplatz und an 2 Straßenfonten gelegen, in Württemberg 15 000
Komfortable Villen-Besitzung, gleichzeitig m. Gelegenheits-Vertrieb eines Existenz-Vertrages in Kreisstadt des Bezirks Potsdam; Preisforderung für Villa mit Gehöft 36 000
Anzahlung: 31 000

Wohnhaus mit Hausgarten, in fast ansehnlicher Höhe, bei Babel 20 400
Wohnhaus mit Baugeschäft in der Uckermark 11 000

Villengrundstück, als Hofhof, soll, auch als kleineres Pensionsgrundstück geeignet, im Ostb. 20 000
Wohnhaus m. prächtigem Garten in der Schweiz (Unter-Engadin) 15 000
Vertrauensvolles Bauerngut in Tirol, munterbare Gebirgs-lage, 188 Akr., sehr rentabel, mit Vieh, Obst- und sehr komplett eingerichteten Zimmern, billig bei 10 000

Glänzend eingeführtes Hotel m. Restauration und Selbstaus in größerer Stadt der Provinz 20 000
Vandagshof mit Vandwirtsch. im Rheinthal (Pommern) 10 000
Vandwirtsch. m. angelegtem Eishof-Betrieb i. d. Neumark 19 500

Kleinere Vandwirtsch. (16 Akr.) i. d. Neumark; Preis nur 10 12 000
Villengrundstück m. großem Garten in Ostb. (Rhe. Eubek) Ein- bzw. Zweifamilien-Haus in bedeutendem Ort 14—20 000

Villa mit oder ohne Nebenhaus, f. Arzt m. Klinik, Sanatorium, Kinderheim usw. geeignet, in bedeutendem Kurort an der Ostsee 25 000

Hofstr. 2. bis 3.-Co. -Wasser- und Motormühle i. d. Rhein-land, Rhe. Vandagshof 8 000
Miet- und Geschäftshaus im Zentrum der Stadt Konstan (Hohenlee), Objekt I Preisforderung 62 000, Anzahlung 20 000 — Objekt II Preisforderung 23 000, Anzahlung 10 000

Sehr vorteilhafte Kapitalanl. Wohn- u. Geschäftshaus in vornehmer Geschäftslage einer bedeutenden Stadt der Provinz Brandenburg 18 000
Konkurrenzloses Gasthof-, Miet- u. Geschäftshaus in einem lebhaften Dorf mit Durchgangsverkehr d. Halle (Saale) 15 000

Existenzgrundstück in Baden, bestehend aus: Zweifamilienhaus, Haus- und Wirtschaftshof, Hausgebäude, Obstweinkel-terregebäude, gr. Schweinefleisch-gebäude u. die Nebengebäude, Obst- und Gemüsegarten vorhanden. Familienexistenz! Preis 30 000

Bild-Prospekte kostenlos durch: **KOCH & Co., Berlin W 33** Dörnbergstraße 1. Tel. B 12 Lützw 6932